

Wahlprogramm
zur Bürgerschaftswahl 1999
der Freien Demokratischen Partei
Landesverband Bremen

„Programm mit Biß. Bürger mit Biß.“



**Bürger
mit Biß.**

F.D.P.
Die Liberalen



**Programm
mit Biß.**

F.D.P.
Die Liberalen

Liebe Bremerinnen und Bremer,

unser Bundesland Bremen steht vor einer richtungsweisenden Bürgerschaftswahl am 6. Juni 1999. Alle Anstrengungen müssen darauf ausgerichtet sein, dass Bremen und Bremerhaven die negativen bundespolitischen Erfahrungen mit einer rot-grünen Regierung erspart bleiben. Es besteht jedoch die große Gefahr, dass bei einem Einzug von nur drei Parteien in die Bremische Bürgerschaft, mit SPD, CDU und Bündnis 90/Grüne, schließlich doch ein rot-grüner Senat gebildet wird. Die Landtagswahlen in Hessen haben in aller Deutlichkeit gezeigt, dass nur eine F.D.P. im Parlament solche rot-grünen Regierungsbündnisse verhindert. Was in Hessen richtig war, kann in Bremen nicht falsch sein.

Die Bremer F.D.P. kämpft für ihre Rückkehr in das Landesparlament. Es gibt viele gute Gründe, warum in der Bremischen Bürgerschaft wieder liberales Denken und Handeln stattfinden muß. Wir stehen mit unserem liberalen Selbstverständnis für Eigenverantwortlichkeit der Bürger und weniger Gängelei durch den Staat.

Wir setzen auf Bürgersinn und Bürgerverantwortlichkeit - sie sind die Voraussetzung für die Selbständigkeit unseres Bundeslandes. Wir haben Mut zu kantigen Aussagen. Wir wollen den nachdenklichen Wähler für unsere Ziele gewinnen. Unser Programm zur Bürgerschaftswahl bietet klare liberale Alternativen; es zeigt Ihnen das unverwechselbare Profil der F.D.P.

Wir stehen als F.D.P. pur zur Wahl - als Partei mit Biß. Wir freuen uns auf ein Gespräch mit Ihnen.

Mit freundlichen Grüßen
H. P. Meier

F.D.P. Landesvorsitzender und
F.D.P. Spitzenkandidat für die Wahl zur Bremischen Bürgerschaft

Herausgeber:
F.D.P. Landesverband Bremen

Elsasser Str. 6
28211 Bremen
Telefon 3498063 - Fax 342145
Druck: Palazzo

Arbeit für alle? Steuern 'runter - dann geht's aufwärts

Die hohe Arbeitslosigkeit stellt heute die größte Herausforderung unserer Gesellschaft dar. Die hohen Arbeitskosten und noch mehr die exorbitant hohe Besteuerung haben dazu geführt, dass immer mehr Arbeit aus Deutschland in andere Regionen verlagert worden ist und immer weniger in Deutschland investiert wird. Unsere Gesellschaft befindet sich nun in einem Teufelskreis, den die demografische Entwicklung noch verstärkt: Immer weniger Arbeitende müssen immer höhere Abgaben erbringen, um eine wachsendes Heer von nicht Arbeitenden zu unterhalten.

Die Infrastrukturpolitik im Lande Bremen allein kann diese Entwicklung nicht aufhalten und schon gar nicht umkehren. Sie kann aber immerhin dafür sorgen, dass Bremen und Bremerhaven im Vergleich nicht schlechter dastehen als andere Regionen der Bundesrepublik. Im Land Bremen ist die Arbeitslosigkeit nach wie vor weitaus höher als im Bundesdurchschnitt: 45.000 Menschen suchen in Bremen und Bremerhaven Arbeit.

Die Umkehr der negativen Entwicklung Deutschlands kann nur die Bundespolitik einleiten. Die Politik der rot-grünen Bundesregierung bewirkt das Gegenteil. Durch ihre überholten und falschen Maßnahmen wird die Krise verschärft und beschleunigt. Dies wird zunehmen auch denen klar, die bei der Bundestagswahl noch für den Wechsel gestimmt haben.

Die F.D.P. hält dagegen:

Steuern

Unser Steuersystem ist unfair und ungerecht, es belastet gleichhohe Einkommen unterschiedlich hoch. Verantwortlich sind dafür die zahlreichen steuerlichen Sonderregelungen, die nicht jeder nutzen kann und die dazu führen, dass der Durchschnittssteuerzahler die Steuervergünstigungen finanziert, die die zu hohen Steuersätze mildern sollen. Denn unsere Steuersätze sind leistungsfeindlich hoch. Sie bestrafen die arbeitenden Bürgerinnen und Bürger. Sie fördern das Abwandern von Betrieben und Arbeitsplätzen ins Ausland und haben dazu geführt, dass Deutschland die niedrigste Investitionsquote in der EU hat.

Die F.D.P. fordert eine sofortige und radikale Steuersenkung.

Gemessen an der Wirtschafts- und Steuerkraft gehört Bremen zu den reichsten Regionen Europas. In Bremen und Bremerhaven wird überdurchschnittlich viel erwirtschaftet; doch da die Einkommensteuer nach dem Wohnort und nicht nach dem Arbeitsort zugeteilt werden, fließen die Steuern aus Bremen ab, das dadurch zum Empfängerland im Länderfinanzausgleich wird. Spätestens nach Ende der Sanierungszahlungen des Bundes ist für Bremen eine Lösung dieses Problems überlebenswichtig. Die Chance dazu besteht mit der Neuordnung des Länderfinanzausgleiches in 2004.

Die F.D.P. fordert eine Änderung der Steuererlegung zugunsten der Orte, in denen die Steuern erwirtschaftet werden.

Tarifverträge

Flächentarifverträge, die in Wachstumsregionen im Süden Deutschlands ausgehandelt werden, sind für viele Betriebe im Unterweserraum schlichtweg nicht bezahlbar. So werden Arbeitsplätze vernichtet. Die Lebenshaltungskosten in unserer Region sind gering, dieser Vorteil muss im Standortwettbewerb genutzt werden.

Die F.D.P. fordert: Flexibilisierung der Tarifstrukturen statt Diktat durch Flächentarifverträge.

Sozialversicherung

Unsere Sozialversicherungssysteme kranken an verkrusteten Strukturen, Überregulierung, fehlendem Wettbewerb, Mangel an Transparenz und fehlenden Leistungsanreizen. Es ist absehbar, dass sie ihre Aufgaben nicht mehr erfüllen können. Finanzierung durch Steuern senkt nicht die Gesamtkosten.

Die F.D.P. fordert, die Möglichkeiten unseres überkommenen und teilweise überholten Sozialversicherungssysteme ehrlich zu bewerten und Alternativen zuzulassen.

Das Bürgergeldsystem der F.D.P. ist der Lösungsansatz für die Überwindung der hohen Arbeitslosigkeit im Niedriglohnbereich und für ein durchschaubares Sozialsystem. Es führt Einkommensbesteuerung und steuerfinanzierte Sozialleistungen zu einer einfachen Gesamtordnung zusammen und schafft Anreize zur Aufnahme von Arbeit. Heute werden nach unterschiedlichen Kriterien insgesamt 153 Sozialleistungen von 37 verschiedenen Sozialbürokratien gewährt. Nach dem Bürgergeldkonzept der F.D.P. werden zukünftig die steuerfinanzierten Sozialleistungen vom Finanzamt bearbeitet und gegebenenfalls mit der Einkommensbesteuerung verrechnet.

Die F.D.P. fordert die Einführung des Bürgergeldes.

Sparsam wirtschaften - Bremens Selbständigkeit erhalten

Bremens Selbständigkeit ist mehr als eine historische Liebenswürdigkeit, sie ist ein in der Geschichte gewachsener Teil der Struktur der Bundesrepublik Deutschland. Allerdings ist sie nicht aufrechtzuerhalten, wenn das Land Bremen auf Dauer ein Kostgänger der anderen Bundesländer bleibt. Wenn unsere Selbständigkeit auch historisch begründet ist, muss sie dennoch auch wirtschaftlich vertretbar sein. Das politische Denken und Handeln im Bundesland Bremen kann daher nur eine Zielsetzung haben: dass Bremen nach Abschluss der Sanierungszahlungen im Wettbewerbsföderalismus besteht. Daher müssen die Altschulden weiter gesenkt werden; der überwiegende Teil der Sanierungsbeiträge ist hierfür einzusetzen. Die Investitionen sind aus den eingesparten Zinsen zu finanzieren, Großinvestitionen darauf hin zu überprüfen, ob sie die Wirtschaftskraft Bremens oder Bremerhavens stärken. Politik und Verwaltung müssen daher die Mittel, die zur Bewältigung der vielfältigen Aufgaben in Staat und Gesellschaft zur Verfügung stehen, äußerst sparsam und effektiv einsetzen.

Aufgabenkritik

Nach wie vor erledigen staatliche Stellen im Land Bremen Tätigkeiten, die nicht hoheitliche Aufgaben sind und von privatwirtschaftlichen Betrieben preiswerter ausgeführt werden könnten. Hier ist eine konsequente Aufgabenkritik vonnöten. Die Überführung in Eigenbetriebe ist nur eine Scheinlösung, wenn die nicht dem Wettbewerb ausgesetzt sind.

Die F.D.P. fordert, staatliche Tätigkeit so weit wie möglich auf hoheitliche Aufgaben zu beschränken.

Politische Führung

Einschneidende Sparmaßnahmen, die der Sicherung der Zukunft unseres Bundeslandes dienen, werden von den Bürgerinnen und Bürgern nur akzeptiert, wenn Politik und Verwaltung ein glaubwürdiges Vorbild abgeben. Eine Reduzierung des Parlaments auf 7 Bürgerschaftsabgeordnete - von der F.D.P. seit Jahren vertreten - trägt hierzu bei. Auch sind nicht mehr als 7 Senatoren erforderlich (Senator für Infrastruktur; Senator für Soziales, Arbeit, Frauen, Gesundheit und Umweltschutz; Senator für Bildung, Wissenschaft und Kultur; Senator für Inneres und Sport; Senator für Justiz und Verfassung; Senator für Finanzen; Präsident des Senats).

Die F.D.P. fordert, die Kosten der politischen Führung zu verringern. 7 Bürgerschaftsabgeordnete und 7 Senatoren sind genug.

Abendliche Sitzungszeiten sparen Kosten und eröffnen zugleich neuen Berufsgruppen die Chance auf eine parlamentarische Mitwirkung.

Die F.D.P. fordert die Bremische Bürgerschaft als Feierabendparlament.

Benachbarte Staaten und einige deutsche Bundesländer haben mit einer Wahlperiode von fünf Jahren gute Erfahrungen gemacht.

Die F.D.P. fordert eine Wahlperiode von 5 Jahren für die Bürgerschaft.

Die F.D.P. steht für die Verknüpfung von Volljährigkeit und Wahlrecht. Die Forderung, das Wahlalter auf 16 Jahre zu senken, soll nur vertuschen, dass man den Jugendlichen andere Perspektiven nicht eröffnen will.

Die F.D.P. fordert, das Mindestalter von 18 Jahren für die Wahlberechtigung beizubehalten.

Volksentscheid

Andere Bundesländer haben mit Volksentscheiden gute Erfahrungen gemacht. Sie haben Entscheidungen ermöglicht, die eine zu behäbige Politik nicht treffen konnte, und sie haben strittige Fragen mit letzter, unanfechtbarer Autorität entschieden. Quoren sind erforderlich, in Bremen sind sie jedoch zur Zeit zu hoch. Der Volksentscheid darf jedoch nicht zu einem Mittel degenerieren, mit dem sich die politisch Gewählten um Entscheidung und Verantwortung drücken können.

Die F.D.P. fordert, Volksentscheide im Land Bremen zu erleichtern.

Ortsamtsbeiräte

Einerseits ist Bremens parlamentarischer Betrieb zu detailverliebt. Über die Gestaltung eines Spielplatzes muss nicht eine Deputation der Bürgerschaft beraten, dies kann auf Ortsamtsebene geschehen. Andererseits kann ein Ortsamtsbeirat wie im Fall der Zementverladeanlage im Hafen Investitionen blockieren, welche der ganzen Stadt zugute kommen.

Die F.D.P. fordert, den Beiräten das Letztentscheidungsrecht in Fragen lokaler Bedeutung belassen. Bei Angelegenheiten von gesamtstädtischer Bedeutung sind sie beratend tätig.

Öffentliche Verwaltung

Eine verschwenderische Verwaltung kostet unser aller Geld. Die Vergeudung öffentlicher Mittel ist ein Grund für die zu hohe Staatsquote und die zu hohen Steuern in Bund und Land. Die dafür notwendigen Instrumente wie z.B. die Kosten-Nutzen-Rechnung, Controlling, die Budgetierung von finanziellen und personellen Ressourcen und das Kontraktmanagement stehen zur Verfügung.

Die F.D.P. fordert: die öffentliche Verwaltung muss bürgerorientiert und kostenbewusst arbeiten.

Überflüssige Verwaltungsinstanzen und Abteilungen müssen abgeschafft werden. Dies gilt für die Senatskommission für das Personalwesen (SKP) ebenso wie z.B. für Forschungsabteilungen der Schulbehörde.

Die F.D.P. fordert die Abschaffung der Senatskommission für das Personalwesen.

Personalvertretungsgesetz

Eine bürgernahe Verwaltung erfordert effiziente und schnelle Abläufe. Als größtes Hindernis haben sich die im Vergleich mit anderen Bundesländern überzogenen Rechte der Personalräte erwiesen. Abordnungen und Versetzungen müssen erleichtert werden, die Freistellungsgrenze für Personalräte muss angehoben werden.

Die F.D.P. fordert die Novellierung des bremischen Personalvertretungsgesetzes gemäß den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichtes.

Kooperation

Nicht jede Verwaltungsaufgabe bedarf einer bremischen Lösung. Vielfach können bewährte Lösungen unverändert oder nur leicht abgeändert übernommen werden. Dies gilt zum Beispiel für Lehrpläne. Auch können Obergerichte zusammenarbeiten, die Ausbildung in staatspezifischen Berufen kann mit Niedersachsen gemeinsam erfolgen. Solche Kooperationen rechnen sich.

Die F.D.P. fordert, die Zusammenarbeit mit den anderen Bundesländern, insbesondere mit Niedersachsen, zu verbessern.

Privatisierung

Es ist nicht Aufgabe des Staates, Firmen zu besitzen.

Die F.D.P. fordert, weitere Beteiligungen zu privatisieren: Flughafen, Stadtwerke, Hafenumschlag, Hafenunterhaltung. Die Erlöse dürfen nur für Investitionen oder zur Schuldentilgung, nicht für konsumtive Ausgaben eingesetzt werden.

Kammerwesen

Die bremische Besonderheit, Arbeitnehmer zur beitragspflichtigen Mitgliedschaft in Kammern zu zwingen, senkt das Nettogehalt der Betroffenen und erhöht den Verwaltungsaufwand für die Arbeitgeber.

Die F.D.P. fordert die Abschaffung der Arbeitnehmerkammern.

Handels- und Handwerkskammer haben als Selbstverwaltungsorgane der Wirtschaft gesetzliche Aufgaben, zu deren Erfüllung eine zwangsweise Mitgliedschaft jedoch nicht erforderlich ist. Diese Tätigkeiten, z.B. in der Berufsausbildung, lassen sich über Gebühren finanzieren. Ihre Funktion als Interessenvertretung kann nicht auf erzwungener Teilnahme beruhen.

Die F.D.P. fordert, das Kammerwesen auf Basis einer freiwilligen Mitgliedschaft neu zu ordnen.

Eine übermäßige Regulierung ist auch in anderen Bereichen abzubauen.

Die F.D.P. fordert die Abschaffung der regulären Polizeistunde in Bremen und Bremerhaven.

Infrastruktur - Politik für unseren Standort

Die Entwicklung eines Gemeinwesens und besonders eines Stadtstaates wird bestimmt durch seine Infrastruktur. Die verkehrliche Anbindung in der Region auf Straße und Schiene, zu Wasser und in der Luft, die Leistungsfähigkeit und der Zustand der Verkehrseinrichtungen, die Verfügbarkeit von Flächen für Gewerbe- und Wohnungsbau, das ist entscheidend für die Attraktivität eines Standortes. Für Bremen und Bremerhaven gilt dies in noch höherem Maße, weil Defizite in diesen Bereichen zu Verlusten von Einwohnern und Betrieben und damit zur Erosion der Finanzkraft führen.

Infrastrukturressort

Wirtschafts-, Hafen-, Verkehrs-, Bau- und Stadtentwicklungspolitik müssen aufeinander abgestimmt sein, um für Bremen und Bremerhaven eine tragfähige Infrastruktur zu schaffen.

Die F.D.P. fordert daher, Wirtschafts-, Hafen-, Verkehrs- und Baubehörden zu einem Infrastrukturressort zusammenzufassen.

Die teure deutsche Arbeit kann nur in Branchen mit hoher Wertschöpfung bezahlt werden. Mit öffentlichen Mitteln um den Erhalt alter Technik zu kämpfen - wie beim Bremer Vulkan -, kann höchstens vorübergehenden Erfolg bringen. Bremen und Bremerhaven haben zudem im Vergleich mit anderen Städten ein Defizit an Dienstleistungsunternehmen.

Die F.D.P. fordert die konsequente Ausrichtung der Wirtschaftsförderung auf Technologie und Dienstleistung.

Innenstadt

Bremens Innenstadt ist in jeder Hinsicht attraktiv, droht aber im Wettbewerb mit der "grünen Wiese" an Boden zu verlieren. Der Wirtschaftsstandort Innenstadt muss gestärkt werden.

Die F.D.P. fordert eine Belebung der Innenstadt durch gemischte Nutzung: Förderung der Ansiedlung von Büroarbeitsplätzen in der Innenstadt statt an der Peripherie und zugleich einen angemessenen Anteil von Wohnungen.

Bremens Innenstadt leidet darunter, dass es außerhalb der Sögestraße und der Lloydpassage kaum attraktive Flächen gibt. Die Verlegung der Straßenbahn in die Martinstraße würde die Obernstraße zu einer Ladenstraße erster Güte aufwerten und auch den angrenzenden Straßen (Langenstraße, Pieperstraße, Schlachte) durch die Öffnung zur Weser neue Entwicklungsmöglichkeiten geben.

Die F.D.P. fordert die Verlegung der Straßenbahn in die Martinstraße.

Die Bremerhavener Innenstadt bedarf dringend einer Neugestaltung und Belebung. Die Fußgängerzone muss freundlicher gestaltet, das Parkraumangebot vergrößert werden. Die brachliegenden Flächen am Alten und Neuen Hafen in Bremerhaven bieten sich an, um zusätzliche touristische Attraktionen zu schaffen.

Die F.D.P. fordert den unverzüglichen Beginn der Umbauarbeiten in der Bremerhavener Innenstadt. Sie unterstützt grundsätzlich den Bau des Ozeanparks, damit Bremerhaven seiner Funktion als Oberzentrum gerecht werden kann.

Einzelhandel

Im Einzelhandel herrscht ein harter Wettbewerb; dieser Wettbewerb darf nicht durch staatliche Förderung neuer Einzelhandelsflächen im geplanten Spacepark oder im Havenhööv't verzerrt werden.

Die F.D.P. fordert: Keine Subventionierung von Gewerbeflächen für den großflächigen Einzelhandel.

Öffentliche Bauten sind vielfach teurer als private, obwohl sie aus Steuermitteln finanziert werden. Dies liegt zu einem guten Teil an den geltenden Baustandards, aber auch an architektonischen Spielereien und Sonderwünschen der Bauherren.

Die F.D.P. fordert, die Richtlinien für öffentliche Bauten auf das sicherheitstechnisch notwendige Maß zu senken.

Verkehr

Bremens Verkehrswegenetz leidet nach wie vor an Halbheiten: Gewerbegebiete ohne leistungsfähige Verkehrsanbindung, unterbrochene oder halbfertige Hauptverkehrswege. In Bremerhaven muss die Cherbourger Straße auf der gesamten Länge vierspurig ausgebaut werden, wobei Maßnahmen zum Lärm- und Immissionsschutz sowie zur kreuzungsfreien Gestaltung mit der Langener Landstraße zu berücksichtigen sind. Ebenso muss der Zubringer Geestemünde ausgebaut werden.

Die F.D.P. fordert die Durchführung lange geplanter und beschlossener Straßenbauvorhaben (A281, Hemelinger Tunnel, Georg-Bitter-Trasse, B74, Flyover am Ihlpohler Kreisel, vierspuriger Ausbau der Cherbourger Straße und Ausbau des BAB-Zubringers Geestemünde in Bremerhaven).

Verkehrsplanung darf nicht Stückwerk sein. Das Teilstück der Linie 4 zum Leher Kreisel zu bauen, ohne ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Individualverkehr und Straßenbahn sicherzustellen, hat die Verkehrsprobleme nicht gelöst, sondern neue geschaffen: mehr Immissionen durch Verkehrsstau und Verdrängung des Verkehrs in Wohnquartiere. Der Torso Linie 4 bringt auch den ÖPNV-Benutzern durch das zusätzliche Umsteigen nur Nachteile.

Die F.D.P. fordert, die bestehende Verkehrsplanung für alle Verkehrsarten besser abzustimmen (ÖPNV, Individualverkehre, Gewerbeverkehre). Ein Verkehrsdesaster wie z.B. bei der Anbindung des GVZ muss zukünftig vermieden werden.

Bürgerinnen und Bürger haben ein Recht auf Ruhe in ihrem Wohnquartier. Viele Maßnahmen, die der Verkehrsberuhigung dienen sollen, z.B. Baumnasen, führen jedoch zu mehr Lärm und Abgasen. Tempo 30 muss durch Aufklärung und Kontrollen durchgesetzt werden.

Die F.D.P. fordert: Keine Verkehrsberuhigung durch bauliche Maßnahmen, sondern durch eine sinnvolle Ausweitung von Tempo-30-Zonen in den Wohnquartieren.

Bremen hat ein vorzügliches dichtes Radwegenetz, jedoch macht der bauliche Zustand viele Radwege unbenutzbar.

Die F.D.P. fordert, das Radwegenetz zu sanieren und zu optimieren.

Schieneverkehr

Die Bahnübergänge in Oberneuland stellen ein Sicherheitsrisiko für die Bahn und eine ökonomisch und ökologisch nicht zu vertretende Behinderung des Verkehrs dar.

Die F.D.P. fordert den Bau von Unterführungen unter die Bahnstrecke in Oberneuland.

Die Kapazität der Bahnstrecke nach Bremen-Burg ist erschöpft. Dies behindert den Ausbau des ÖPNV nach Bremen-Nord und blockiert auch Überlegungen, das Bahngleis nach Farge für den ÖPNV zu nutzen.

Die F.D.P. befürwortet den Bau eines dritten Bahngleises von Burg zum Hauptbahnhof.

Die Städte Bremen und Bremerhaven müssen durch öffentliche Verkehrsmittel gut miteinander verbunden sein. Die Bahn bietet sich hier an:

Die F.D.P. fordert die Erhaltung und Verbesserung attraktiver Bahnverbindungen zwischen Bremen und Bremerhaven.

Der VBN verhindert den Wettbewerb bei den ÖPNV-Dienstleistungen. Die Preise sind gestiegen, und die Zuschüsse zu den Nahverkehrsunternehmen sind unverändert hoch (der BSAG-Zuschuss soll sogar noch weiter auf über 170 Mio. DM steigen). Demgegenüber sind die Taktzeiten gesenkt worden.

Die F.D.P. fordert mehr Wettbewerb beim ÖPNV durch die Ausschreibung der zu erbringenden Dienstleistungen.

Häfen

Die "stadtbremischen Häfen" in Bremerhaven sind ein Anachronismus. Die Häfen erfüllen nationale Aufgaben und erklären damit unter anderem die eigenständige Bedeutung des Landes Bremen.

Die F.D.P. fordert, die "stadtbremischen Häfen" in Bremerhaven in Landeshäfen zu überführen.

Die Häfen unseres Bundeslandes müssen aufgrund ihrer geringen Loco-Quote in ihrer technischen Ausstattung und ihrer Wettbewerbsfähigkeit den Konkurrenten immer einen Schritt voraus sein. Der Containerterminal in Bremerhaven hat wachsende Umsätze zu verzeichnen, so dass die Kapazitätsgrenze in den nächsten Jahren erreicht sein wird.

Die F.D.P. fordert den Bau des Containerterminals IV in Bremerhaven.

Die Unterhaltung sämtlicher bremischer Häfen ist einer privatrechtlich organisierten GmbH mit Sitz in Bremerhaven zu übertragen.

Die F.D.P. fordert die Privatisierung der Hafenerhaltung.

Der Weg einer Privatisierung der Umschlagstätigkeit in den Häfen muss konsequent weitergegangen werden. Grundsätzlich soll auch Privateigentum an Umschlagsanlagen möglich sein.

Die F.D.P. fordert Privateigentum an Umschlagsanlagen.

Naturschutz

Naturschutz muss sein. Er darf nicht ideologisch begründet und diktatorisch verordnet werden. Besonders gut geführte landwirtschaftliche Betriebe erleiden enorme wirtschaftliche Einbußen, wenn von Nichtfachleuten massiv in geordnete Abläufe eingegriffen wird. Daher ist nur ein freiwilliger Vertragsnaturschutz für die Landwirtschaft geeignet.

Die F.D.P. fordert Vertrags- statt Verordnungsnaturschutz.

Bremen und Bremerhaven verfügen nur über ein begrenztes Areal. Die konkurrierenden Interessen von Landschafts- und Naturschutz, Gewerbe, Industrie und Verkehr sowie Wohnen und Erholung müssen gegeneinander abgewogen und politisch entschieden werden. Aufgabe eines Stadtstaates ist es nicht, Vorreiter bei Landschafts- und Naturschutz zu sein. 20 % der Gesamtfläche als Vogelschutzgebiet auszuweisen hemmt die Entwicklung Bremens.

Die F.D.P. fordert die Aufhebung des europäischen Vogelschutzgebietes.

Gewerbeflächen

Das Integrierte Flächenprogramm (IFP) weist zur Zeit ausreichend Gewerbeflächen aus. Für den weiteren Bedarf stehen brachliegende Altflächen zur Verfügung.

Die F.D.P. fordert vor einem weiteren Flächenverbrauch die Reaktivierung und Nutzung von Gewerbebrachen.

Ein Büropark mit 4.500 Arbeitsplätzen in Oberneuland schafft kaum zu bewältigende Verkehrsprobleme und ist angesichts der zahlreichen anderen Ansiedlungsmöglichkeiten überflüssig.

Die F.D.P. fordert auf der für den "Büropark Oberneuland" vorgesehenen Fläche eine hochwertige Mischnutzung von Dienstleistung und Wohnen.

Wohnungsbau

Bremen leidet unter der Abwanderung steuerzahlender Bürger ins Umland. Die Abwanderung hat jedoch nicht nur ökonomische Folgen, sie schafft durch die Zersiedlung und die daraus resultierende Verkehrsmehrbelastung auch ökologische Probleme. Die Ausweisung ausreichender Flächen für den Wohnungsbau muss auch langfristig gesichert werden, um die Steuerkraft Bremens zu erhalten. Hierbei ist besonderer Wert auf wohnverträgliche Lage sowie auf eine bezahlbare Erschließung zu legen. Denkbare Gebiete sind z.B. Borgfeld-West und der Randbereich der Osterholzer Feldmark.

Die F.D.P. fordert für beide Städte eine ausreichende Ausweisung von Wohnbauflächen, insbesondere für Ein- und Zweifamilienhausbebauung, im Bereich städtebaulicher Entwicklungsachsen.

Zur Abwanderung trägt auch der langsame Verfall gewachsener Wohnquartiere in Bremen und Bremerhaven bei. Hier gilt es rechtzeitig gegenzusteuern.

Die F.D.P. fordert die Stärkung gewachsener Wohnquartiere und unterstützt ausdrücklich die Initiative "Bremer Ausbau" und den Erhalt des stadtbildprägenden Bremer Hauses.

Die nicht mehr genutzten Hafengebiete rechts der Weser können nicht nur für neue Gewerbeansiedlungen vor allem im Dienstleistungsbereich, sondern auch für das Wohnen genutzt werden; die wassernahe Lage - Südwestblick zur Weser! - schafft hierfür ein attraktives Umfeld. Das Gebiet verliert allerdings für jede Nutzung an Attraktivität, wenn weitere Hafenbecken zugeschüttet werden.

Die F.D.P. fordert für die Hafengebiete rechts der Weser eine attraktive Mischung aus Arbeiten und Wohnen, Freizeit und Kultur.

Kleingärten erfüllen wichtige ökologische und soziale Aufgaben. Sie haben einen hohen Erholungswert.

Die F.D.P. fordert, Kleingärten entsprechend dem Bedarf zu erhalten.

Entsorgung

Die Regenwasserüberläufe in der bremischen Kanalisation wurden abgeschafft, um zu verhindern, dass Abwässer ungeklärt in Wasserläufe überführt werden. Dies hat jedoch zur Überlastung des Kanalsystems bei starken Regenfällen geführt, mit der Folge, dass eine wachsende Zahl von Kellern vollläuft.

Die F.D.P. fordert, Regenwasser so weit wie möglich versickern oder in offene Gewässer ablaufen zu lassen.

Die Abfallverbrennung hat sich als der sicherste und wirtschaftlichste Weg der Abfallbeseitigung erwiesen. Die Wiederverwertung von Abfallmaterialien ist dort erfolgreich, wo sie wirtschaftlich und sicher durchgeführt werden kann, beispielsweise bei Glas, Papier, Metall und Biomüll. Der gelbe Sack hingegen hat sich nicht bewährt. Die Verschandelung des Stadtbildes durch aufgerissene Säcke ist das eine Ärgernis, der wirtschaftlich und ökologisch ungesicherte weitere Weg dieses Mülls das andere. Es ist umweltfreundlicher, Kunststoffabfälle statt Öl zu verfeuern.

Die F.D.P. fordert die Abschaffung des gelben Sacks.

Das Konzept der haushaltsorientierten Mülltrennung und die Abschaffung der Großcontainer hat sich als sozial unverträglich erwiesen. In Wohngebieten mit Mehrfamilienhausbebauung ist es nicht möglich, pro Haushalt drei verschiedene Müllbehälter unterzubringen. Die derzeitige Müllpolitik führt zu einer Rattenplage und zur Verwahrlosung der Stadtgebiete.

Die F.D.P. fordert, in Wohngebieten mit Mehrfamilienhausbebauung die Biomüll-Großcontainer wieder einzuführen.

Die Durchführung der Abfallentsorgung ist keine hoheitliche Aufgabe. Sache des Staates ist es allein, den Entsorgungsauftrag im Wettbewerb zu vergeben und die Einhaltung der Standards zu überwachen.

Die F.D.P. fordert, die Abfallentsorgung in den freien Wettbewerb zu überführen.

In der Stadtgemeinde Bremen werden die Entsorgungsgebühren mit den Hausbesitzern abgerechnet. Eine direkte Abrechnung mit den Mülltonnenbenutzern unterbleibt. Dies ist mit erheblichem Aufwand für die Eigentümer verbunden. Außerdem führt es dazu, dass die Abfallverursacher nicht direkt auf ihre Kosten einwirken können.

Die F.D.P. fordert, dass Abfallgebühren direkt mit den Verursachern abgerechnet werden.

Auf den Recyclinghöfen werden Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen über die Müllgebühren finanziert.

Die F.D.P. fordert, die bisherige Praxis einer gebührenfinanzierten Arbeitsbeschaffung für Langzeitarbeitslose zu überprüfen und im Zweifelsfalle die entsprechenden Maßnahmen in den ordentlichen Haushalt einzustellen.

Rechtspolitik *kann man nicht mit links erledigen*

Ohne Recht kann es weder Freiheit noch Sicherheit geben - ohne den Rechtsstaat keine Bürgergesellschaft. Rechtsschutz und Rechtsgüterschutz, Rechtssicherheit und innere Sicherheit sind gleichermaßen zu gewährleisten. Sie bilden den Kern der Staatsaufgaben. Der demokratische Rechtsstaat schützt mit der persönlichen Sicherheit seiner Bürger auch den sozialen Frieden. Als Rechtsstaat lebt er in erster Linie vom Rechtsbewusstsein seiner Bürgerinnen und Bürger. Aufgabe der Politik ist es deshalb vor allem, das Rechtsbewusstsein wieder zu stärken. Das tut gerade in Bremen not - und gerade bei den politisch Verantwortlichen. Die Vorkommnisse in der Justizvollzugsanstalt und die "Medien-Razzia" sind warnende Beispiele. Liberal sein, heißt deshalb, Vorkämpfer und Garant des demokratischen Rechtsstaats sein, und das waren die Liberalen schon immer - in der Bundesrepublik wie im Bundesland Bremen.

Opferschutz

Recht muß in erster Linie die Schwächsten schützen - und das sind allemal die Opfer. Rechtsschutz muß deshalb zuerst Opferschutz sein. In der Vergangenheit wurden andere Schwerpunkte gesetzt; das war falsch.

Die F.D.P. fordert: In den Mittelpunkt der künftigen Rechtspolitik muß der Schutz von Opfern gestellt werden.

Der Staat hält viele Instrumente für rechtliche Verfahren zur Verfügung, erhebt Kosten, Bußen und Geldstrafen. Viel zu wenig Aufmerksamkeit aber wird der Schadenswiedergutmachung bei den Opfern gewidmet.

Die F.D.P. fordert: Die Wiedergutmachung von Schäden muß rechtspolitisch Vorrang haben; sie muß auch im konkreten Fall vor den staatlichen Ansprüchen sichergestellt sein.

Rechtsstaat

Unrecht darf nicht deshalb "bagatellisiert" werden, weil der bürokratische Aufwand seiner Ermittlung und Verfolgung uns zu teuer vorkommt. Ein "Ablasshandel" etwa bei Ladendiebstählen wird das Rechtsbewusstsein in der Bevölkerung und vor allem bei Jugendlichen nicht fördern. Jeder Gesetzesverstoß ist vielmehr zu verfolgen: "null Toleranz" gegenüber der Tat - aber Augenmaß bei der Sanktion.

Die F.D.P. fordert: Keine Entkriminalisierung von sogenannten Bagatelldelikten.

Für den Rechtsstaat einzutreten, darf nicht nur auf staatliche Institutionen abgewälzt werden. Die Menschen müssen wieder mehr "hinschauen" - und zwar nicht als "Gaffer" bei Unglücksfällen. Die stillschweigende Hinnahme von Gewalttätigkeit ist der Anfang vom Ende eines wirksamen Rechtsstaats. Die Politik hat die Verantwortung, Zivilcourage und ziviles Engagement zu fördern. Vor allem Zeugen werden vernachlässigt, ja entmutigt.

Die F.D.P. fordert: Ziviles Engagement muß gefördert werden. Die Rechte, die Betreuung und der Aufwandersatz für Zeugen sind nachhaltig zu verbessern.

Vorbeugen ist besser als heilen. Hier kommen die Erfahrungen der "Profis" mit dem Engagement der Bürger zusammen. Das muß (noch immer) viel mehr gefördert und organisiert werden (z.B. Präventionsräte und Vorbeugekommissariate).

Die F.D.P. fordert: Aufklärungs- und Präventionsarbeit müssen zum Schwerpunkt erklärt werden - gemeinsam mit allen öffentlichen Institutionen, nicht nur der Polizei.

Polizei

Der Polizist auf der Wache ist unverzichtbar - genauso wichtig aber ist, dass Polizeibeamte vor Ort und sichtbar in den Wohn- und Einkaufsquartieren, im Straßenverkehr und in den öffentlichen Verkehrsmitteln zur Verfügung stehen. Dies erhöht die Sicherheit - und das Sicherheitsgefühl; es kommt auch dem Vertrauen in die Polizei zugute.

Die F.D.P. fordert: Mehr und sichtbare örtliche Polizeipräsenz - Verbesserung der Attraktivität des Streifendienstes.

Die Ausrüstung unserer staatlichen Institutionen muss dem neuesten Stand entsprechen, die Kriminalitätsbekämpfung darf nicht hinter die technischen Möglichkeiten insbesondere der organisierten Kriminalität zurückfallen. Bei der Zulassung von Ausrüstungsteilen ist stärker auf die Erfahrungen und Wünsche der Beamtinnen und Beamten vor Ort zu setzen.

Die F.D.P. fordert: Die Modernisierung von Polizei, Feuerwehr und Rettungsdiensten muß schneller und praxisnäher vorangetrieben werden.

Wie in vielen Institutionen des Staates ist auch bei der Polizei eine Reform notwendig - und seit Jahren Thema. Allerdings: nicht "die Polizei" braucht eine Reform, nötig ist vielmehr die Reform der Verwaltung der Polizeiarbeit. Aufgrund der zunehmenden Internationalisierung sind nicht nur neue Institutionen zu fördern (EUROPOL); gerade "vor Ort" sind vielmehr besondere Milieu-, Kultur- und Sprachkenntnisse erforderlich.

Die F.D.P. fordert: Aufgabenkritik und Verwaltungsreform müssen die hoheitlichen Funktionen der Polizei stärken, von bürokratischer Arbeit entlasten und die Verantwortung vor Ort stärken; die nach den Beamten-gesetzen zulässige Integration von Ausländern in den öffentlichen Dienst, insbesondere bei der Polizei, ist zu fördern.

Recht und Justiz

Auch im Strafvollzug, das zeigten die Vorgänge in der Justizvollzugsanstalt Oslebshausen, sind Reformen vonnöten; ausgerechnet die Kontroll-, Warn- und Aufsichtssysteme haben nicht funktioniert. Sie führten aber vor allem vor Augen, dass in Bremen gerade die unabdingbaren Institutionen und Grundaufgaben von der Regierung vernachlässigt worden waren.

Die F.D.P. fordert: Die hoheitlichen Aufgaben und ihre Institutionen müssen in der Politik wieder den ihnen zukommenden Stellenwert erhalten; das gilt nicht zuletzt für den Strafvollzug.

Das Rechtssystem wird immer unübersichtlicher. Vorschriftenflut und Regelungswut müssen eingedämmt werden - aber die Bürger müssen auch wieder zu anderen Formen von Streitbelegungen zurückfinden, ohne immer gleich die Gerichte in Anspruch zu nehmen. Dafür muß es auch eine kompetente, kostengünstige und individuelle Rechtsberatung geben; sie ist nicht, wie in Bremen, den Arbeitnehmerkammern mit Zwangsmitgliedschaft zuzuordnen.

Die F.D.P. fordert die Stärkung der außergerichtlichen Streitbeilegung und des Zugangs zum Recht durch Übertragung der „öffentlichen Rechtsberatung“ auf die Anwaltschaft.

Im Justizwesen sind Verfahren noch immer zu lang und zu aufwendig, das Gerichtswesen ist zersplittert. Die Ausstattung mit nichtrichterlichem Personal und mit moderner Technik muß gestärkt werden.

Die F.D.P. fordert: Bei Aufrechterhaltung des Rechtsschutzes sind Justizverwaltung und Justizverfahren zu straffen und Gerichtszweige zusammenzulegen (Arbeits- und Zivilgerichte einerseits, Verwaltungs-, Finanz- und Sozialgerichte andererseits).

Die unrühmliche Medien-Razzia hat nicht nur Bremen bundesweit in die - negativen - Schlagzeilen gebracht, sondern auch Schwachstellen im Presserecht, in der Verankerung des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes und im Zugang zur (Landes-) Verfassungsgerichtsbarkeit aufgedeckt.

Die F.D.P. fordert die Stärkung der Informations- und Zeugnisverweigerungsrechte der Presse und die Einführung der Landesverfassungsbeschwerde.

Datenschutz

Die Grundrechte der Bürger müssen aber auch vor allem auf dem Weg in die Informationsgesellschaft den neuen Anforderungen gerecht werden, im Datenschutz müssen die neuen internationalen Standards umgesetzt werden. Kommunikation muß ohne staatliche Kontrolle möglich sein. Das Recht auf Verschlüsselung muss Freiheitsräume erhalten: Der Schlüssel bleibt beim Bürger.

Die F.D.P. fordert die Aufnahme des Datenschutzes als Grundrecht in die Landesverfassung. Die Einwilligungsvorbehalte der Bürgerinnen und Bürger bei der Verarbeitung ihrer Daten sind nachdrücklich zu stärken.

Die Vorgänge in der Justizvollzugsanstalt haben beispielhaft deutlich gemacht, dass die Leitung des Ressorts für Justiz und Verfassung nicht "mit linker Hand" erledigt werden kann. Auch die verfassungs- und rechtsförmliche Beratung der anderen Ressorts erfordert einen unabhängigen Justizsenator, der nicht zugleich mit der Verantwortung für die Polizei oder die Staatskanzlei belastet sein darf. Vor allem muß im Lande Bremen wieder Rechtspolitik stattfinden.

Die F.D.P. fordert ein eigenständiges Ressort für Justiz und Verfassung.

Ausländer, Einwanderer

Unsere Gesellschaft muss ihre soziale Verantwortung auch im Verhältnis zu den bei uns lebenden Ausländern wahrnehmen - im gemeinsamen Interesse. Die F.D.P. lehnt die doppelte Staatsangehörigkeit auf Dauer ab. In Deutschland geborene Kinder sollen aber mit einem deutschen Pass groß werden können. Bei Volljährigkeit muss und kann von ihnen allerdings eine Entscheidung verlangt werden. Damit macht der Staat ein Integrationsangebot, verlangt aber auch eine aktive Integrationsentscheidung. Entscheidend für eine Integration, die zugleich die persönliche und kulturelle Identität respektiert, ist die Gewährleistung der sprachlichen Kommunikation. Das Erlernen der deutschen Sprache ist zu fördern, die Annahme entsprechender Angebote für die Einbürgerung aber auch vorauszusetzen.

Die F.D.P. fordert zu einem überparteilichen Konsens in der Ausländerpolitik auf. Gemeinschaftlich muß ein Angebot der Integration gemacht werden: "Brücken statt Gräben".

Die Schwachen vor den Faulen schützen

Die Sozialpolitik ist eine wichtige staatliche Aufgabe. Bedürftige haben Anspruch auf den Schutz und die Hilfe des Staates. Gerechtigkeit heißt für die F.D.P. nicht "Umverteilung", aber unsere Gesellschaft hat die Pflicht, in Not geratenen Menschen beizustehen und sie auf einem Niveau zu versorgen, das dem allgemeinen Wohlstand unserer Gesellschaft angemessen ist. Die F.D.P. hat mit der Forderung nach dem "Bürgergeld" den Weg gewiesen, die staatliche Hilfe gerecht und mit minimalem Verwaltungsaufwand zu verteilen.

Soziale Hilfen

Viele staatliche Unterstützungsleistungen werden zu ziellos ausgeteilt. Unser Sozialsystem ist unter anderem deswegen zu teuer, weil Hilfen auch dort vergeben werden, wo sie nicht wirklich erforderlich sind. Sozialleistungen müssen dort ankommen, wo sie gebraucht werden.

Die F.D.P. fordert, staatliche Unterstützung nur wirklich Bedürftigen zukommen zu lassen.

Zu teuer ist aber auch die Vergabe der Sozialleistungen selber. Der Katalog der staatlichen Hilfen ist zu umfangreich und unübersichtlich. Dies führt auch zu Ungerechtigkeiten: Wer sich nicht auskennt, bekommt weniger.

Die F.D.P. fordert die Zusammenfassung der Einzelleistungen in der Sozialhilfe zu einer Gesamtzusammenfassung.

Wer Unterstützungsleistungen von der Gesellschaft erhält, steht in der Pflicht zur Gegenleistung, soweit er hierzu in der Lage ist.

Die F.D.P. fordert, Sozialhilfeempfänger nach ihren Fähigkeiten konsequent zu gemeinnützigen Arbeiten heranzuziehen.

Auch im sozialen Bereich gilt das Subsidiaritätsprinzip: Der Staat darf nur dort tätig werden, wo andere nicht tätig werden oder nicht tätig werden können.

Die F.D.P. fordert: Bevor staatliche Hilfsmaßnahmen in Anspruch genommen werden, müssen das private Engagement, die Angebote der Vereine, Verbände und der Religionsgemeinschaften und nicht zuletzt auch der privatwirtschaftlich organisierten Hilfseinrichtungen genutzt werden.

Unser soziales System ist auch deswegen so aufwendig geworden, weil immer mehr Arbeiten, die früher ehrenamtlich, von der Familie oder dem nachbarschaftlichen Umfeld erbracht wurden, heute an die organisierte Wohlfahrt abgegeben werden.

Die F.D.P. fordert, ehrenamtliches Engagement stärker anzuerkennen und zu fördern.

Soziale Einrichtungen werden heute aus einer Vielzahl von Quellen gefördert. Die Verwaltung weiß in zahlreichen Fällen nicht, wer wieviel und aus welchen Etats erhält.

Die F.D.P. fordert, dass alle Einrichtungen, die öffentliche Mittel erhalten, zentral von einer Stelle aus betreut werden und ihre Zuwendungen nur von einer Stelle erhalten.

Sport

Sport ist nicht nur für Gesundheit und Freizeitgestaltung wichtig, sondern auch für soziales Lernen.

Die F.D.P. fordert ausreichende Sport- und Freizeitmöglichkeiten in den Stadtteilen. Die F.D.P. fordert die Unterstützung des Breitensports ebenso wie die Förderung des Spitzensportes (Komplementärfinanzierung).

Prävention

Prävention ist preiswerter als jede Kriminalitätsbekämpfung. Neben einer verstärkten Polizeipräsenz an den Brennpunkten muss auch die soziale Prävention greifen.

Die F.D.P. fordert die verstärkte Präsenz der Sozial- und Jugendämter an sozialen Brennpunkten, in Kneipen und Diskotheken auch in den späten Abendstunden.

Frauen

Die F.D.P. hat sich schon immer für die Chancengleichheit von Frauen in der Gesellschaft und speziell im beruflichen Leben eingesetzt. Es bleibt eine liberale Grundforderung, die in der Verfassung verankerte Gleichberechtigung zwischen Männern und Frauen in allen gesellschaftlichen Bereichen zu verwirklichen. Voraussetzung ist hier vor allem auch eine verbesserte Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Dazu müssen Kindergarten, Hort und Schule zuverlässig zur Verfügung stehen.

Die F.D.P. fordert mehr Flexibilität bei den Öffnungszeiten der Kindergärten, ebenso fordert sie die volle Halbtagschule im Grundschulbereich sowie die Erhaltung der Hortplätze.

Weiterhin ist es wichtig, dass Arbeitszeiten flexibel gestaltet werden können. Flexible Arbeitsbedingungen dürfen Weiterbildung und berufliche Karrierechancen nicht ausschließen.

Die F.D.P. fordert in Zusammenarbeit mit den Tarifpartnern vermehrt Arbeitsverhältnisse mit flexibleren Wochen- und Monatsarbeitszeiten zu schaffen.

Gleicher Lohn für gleiche Arbeit und gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit sind auch heute noch immer keine Selbstverständlichkeit.

Die F.D.P. fordert die Umsetzung des Gleichbehandlungsgrundsatzes in allen Bereichen des Tarifwesens.

Noch immer wählen junge Frauen überwiegend die „klassischen“ Frauenberufe und nutzen die Chancen, die ihnen in gewerblichen und technischen Berufen offenstehen, nicht ausreichend. Eine bedarfsgerechte, zukunftsorientierte Berufsberatung an den Schulen kann Mädchen frühzeitig über gewerbliche und technische Bereiche informieren. Es ist eine Zusammenarbeit zwischen Schulen, Eltern, Kammern und Verbänden notwendig, damit Mädchen und Jungen unabhängig von den Rollenbildern einen ihren Neigungen entsprechenden Berufsweg wählen können.

Die F.D.P. fordert, junge Frauen auch an technische und gewerbliche Berufe heranzuführen.

Die Frauen- und Mädchenhäuser haben sich als letzte Zuflucht in Notsituationen bewährt.

Die F.D.P. fordert die Erhaltung und Absicherung der Frauen- und Mädchenhäuser.

Für inhaftierte Frauen stehen - anders als für die männlichen Strafgefangenen - keine Arbeits- und Ausbildungsplätze zur Verfügung.

Die F.D.P. fordert eine ausreichende Anzahl von Arbeits- und Ausbildungsplätzen für inhaftierte Frauen.

Gesundheit

Die Betreuung in Alten- und Pflegeheimen leidet unter unrealistischen Zeitvorgaben für die Pflegeleistungen.

Die F.D.P. fordert, der Betreuung alter Menschen einen höheren Stellenwert beizumessen.

Die eigene Gesundheit steht bei den Wünschen jedes einzelnen an erster Stelle. Gesundheit ist ein hohes Gut, das durch Anstrengung aller gesellschaftlichen Kräfte und durch die Stärkung der Eigenverantwortung zu erstreben und zu erhalten ist. Der gesamte Bereich des Gesundheitswesens ist darüber hinaus ein Dienstleistungssektor mit hohem Wachstumspotential im Hinblick auf die benötigten Arbeitskräfte.

Die F.D.P. fordert: Das bisherige hohe Niveau der Gesundheitsversorgung in Bremen und Bremerhaven muss auch für die Zukunft gesichert werden.

Die ambulante Behandlung von Patienten in den Praxen der niedergelassenen Ärzte und Zahnärzte ist die persönlichste, effektivste und zugleich kostengünstigste Möglichkeit der medizinischen Versorgung der Bevölkerung.

Die F.D.P. fordert: Die ambulante ärztliche und zahnärztliche Versorgung der Bevölkerung durch niedergelassene Ärzte und Zahnärzte in freier und unabhängiger Berufsausübung ist sicherzustellen.

Die Ausgaben für die Krankenhäuser stellen trotz kürzerer Verweildauer den größten Ausgabenposten in der Krankenversicherung dar. Wirtschaftliches Handeln und rationelle Planung lassen sich am besten erreichen, indem die Krankenhäuser aus den Strukturen des öffentlichen Dienstes ausgegliedert und stattdessen privatwirtschaftlich organisiert werden.

Die F.D.P. fordert: Das bisherige Krankenhaussystem ist im Rahmen des Möglichen durch privatwirtschaftlich arbeitende Kliniken zu ersetzen.

Die Krankenhausplanung des Landes Bremen weist für Bremerhaven immer noch Defizite auf.

Die F.D.P. fordert die Anerkennung des überörtlichen Bedarfs bei der Bremerhavener Krankenhausversorgung.

Im Lande Bremen muss die Ausbildung in medizinisch-technischen und in Pflegeberufen verstärkt werden.

Die F.D.P. fordert die Ergänzung der MTA-Schule in Bremerhaven um eine Einrichtung zur Ausbildung von Hebammen in der Trägerschaft des Landes.

Drogen

Unsere Gesellschaft muss die Drogenfrage als ihr Problem begreifen. Insbesondere die Verelendung von Drogenabhängigen erfordert Maßnahmen. Verbot und Verfolgung allein haben sich nicht als wirkungsvolles Mittel erwiesen.

Die F.D.P. fordert mehr Therapieplätze und die Fortsetzung der Substitutionsprogramme.

Die drogenfreie Haftanstalt ist eine Illusion. Unsere Gefängnisse sind mittlerweile ein Ort der Ansteckung mit HIV und Hepatitis geworden.

Die F.D.P. fordert die Ausgabe steriler Einmalspritzen in den Haftanstalten. Prävention und Therapie müssen die Haft begleiten.

Bildung - unsere Zukunft

Bildung und Ausbildung sind unsere wichtigste Ressource. Freiheit und Toleranz hängen ebenso von ihnen ab wie unsere wirtschaftliche Leistungsfähigkeit. Was für viele andere Bereiche der Gesellschaft gilt, ist auch an Schulen und Universitäten festzustellen: Das Bildungssystem in Deutschland braucht eine an der heutigen und künftigen Gesellschaft orientierte strukturelle Erneuerung. Die F.D.P. fordert die Modernisierung des Bildungswesens, damit unsere Gesellschaft im internationalen Wettbewerb bestehen kann und wir den Herausforderungen der Medien- und der Freizeitgesellschaft und des veränderten Arbeitsmarktes gewachsen sind. Schulen müssen auf die Leistungsfähigkeit und -bereitschaft der Schüler differenziert eingehen. Wir benötigen eine systematische Begabtenförderung.

Die Qualität unserer Schulen ist vor allem abhängig von der Qualität und dem Engagement der Lehrer.

Die F.D.P. fordert die allmähliche Verjüngung der Lehrerkollegien durch Neueinstellungen junger Lehrer.

Die Grundschule steht heute immer mehr vor der Aufgabe, familiäre und häusliche Probleme der Kinder aufzuarbeiten. Dennoch steht sie in der Pflicht, grundlegende Fertigkeiten zu vermitteln.

Die F.D.P. fordert: Kindergarten, Vorschule und Grundschule sind stärker zu verzahnen; ihre inhaltliche Arbeit ist aufeinander abzustimmen, vor allem dort, wo es um das soziale Lernen geht.

Orientierungsstufe

Die Orientierungsstufe hat die in sie gesetzten Erwartungen nicht erfüllt. In der Zeit der größten Lernfähigkeit zwischen Erwerb der Grundfertigkeiten und Pubertät unterfordert sie die einen Schüler und frustriert die anderen.

Die F.D.P. fordert die Abschaffung der Orientierungsstufe als Regelschulform.

Hauptschule

Die Entwicklung der vergangenen Jahrzehnte hat dazu geführt, dass die Hauptschule von der Schulpolitik vergessen wurde. Kinder, deren Begabung im praktischen und handwerklichen Bereich liegt, haben in unserem einseitig am Abitur als Leitbild ausgerichteten Schulsystem keine Chance. Sie werden für die Arbeitslosigkeit ausgebildet. Das 10. Hauptschuljahr verschärft die Motivationsprobleme noch. Ausbildungsbetriebe beklagen, dass Haupt- und Realschüler grundlegende Kulturtechniken wie Lesen, Schreiben und Rechnen nicht hinreichend beherrschen.

Die F.D.P. fordert die Aufwertung der Hauptschule durch praxisbezogene, berufsvorbereitende Unterrichtsinhalte, die bewährten Werkstattphasen sind zeitlich auszudehnen. Das obligatorische 10. Hauptschuljahr ist abzuschaffen.

Realschule

Die Realschule muss stärker ihr eigenes Profil herausstellen. Sie benötigt ein eigenständiges inhaltliches und methodisches Konzept, das gegenüber der gymnasialen Bildung stärker an der Praxis orientiert ist.

Die F.D.P. fordert die verpflichtende Beibehaltung der zweiten Fremdsprache in der Realschule.

Gymnasien

Die durchgehenden Gymnasien in Bremen sind überlaufen. Dies zeigt, dass dem Schulwunsch der Eltern und Schüler in Bremen immer noch nicht entsprochen wird. Die freie Anwahl der Schulen muss in ganz Bremen gewährleistet sein.

Die F.D.P. fordert die Einrichtung weiterer durchgehender Gymnasien.

Deutschland hat die längsten Ausbildungs- und die kürzesten Lebensarbeitszeiten. Die Ausbildungszeiten müssen daher unbedingt verkürzt werden. Die neuen Bundesländer haben mit dem Abitur nach zwölf Jahren hinreichend gute Erfahrungen gemacht.

Die F.D.P. fordert: Das Abitur muss auch in Bremen nach 12 Schuljahren erworben werden können.

Auch die Schulen müssen mit den ihnen zur Verfügung gestellten Mitteln wirtschaftlich und effektiv arbeiten. Es muss eine Selbstverständlichkeit sein, dass Lehrer rationell und vor allem für ihren eigentlichen Zweck, Kinder zu unterrichten, eingesetzt werden. Die zur Verfügung stehenden Mittel müssen sparsam und im Sinne des eigentlichen Schulzwecks verwendet werden.

Die F.D.P. fordert: Insbesondere einzügige Abteilungen der Stufenschulen müssen zu sinnvollen Einheiten zusammengefasst werden.

Berufsbildung

Das duale Berufsbildungssystem hat sich bewährt. Dennoch sind auch hier Reformen insbesondere im Berufsschulbereich dringend nötig, mit dem Ziel, die Ausbildung zu straffen und effektiver und moderner zu gestalten. Um den Anteil an Jugendlichen und jungen Erwachsenen ohne Berufsausbildung zu verringern, müssen bei der Neuordnung von Ausbildungsberufen Abschlüsse auch für leistungsschwächere Auszubildende erarbeitet werden.

Die F.D.P. fordert: Die Berufsschule muss so organisiert werden, dass nicht generell ein zweiter Berufsschultag erforderlich ist; abhängig von der Vorbildung und den Erfordernissen der unterschiedlichen Ausbildungsberufe müssen differenzierte Regelungen angestrebt werden.

Privatschulen

Die Privatschulen sind ein vom Grundgesetz und der Landesverfassung geschützter Bestandteil des Bildungswesens. Sie sind in Bremen ein notwendiges und stark nachgefragtes Korrektiv für Eltern, die mit der Stufenschule zu recht unzufrieden sind. Gerade in Bremen waren die Privatschulen aber Objekt überproportionaler Kürzungen.

Die F.D.P. fordert: Die Privatschulen in Bremen müssen finanziell mindestens ebenso gefördert werden wie im Bundesdurchschnitt.

Schulsanierung

In unseren Schulen sind seit Jahren selbst die notdürftigsten Reparaturen nicht durchgeführt worden. Die Schulen befinden sich in einem katastrophalem Zustand.

Die F.D.P. fordert die sofortige Sanierung der Schulgebäude in Bremen und Bremerhaven.

Hochschulen

Die Fachhochschulen bieten eine praxisorientierte Ausbildung in relativ kurzer Zeit. Sie verdienen daher besondere Förderung. Die Hochschule Bremen benötigt für Ihre weitere Entwicklung mehr Platz.

Die F.D.P. fordert einen weiteren Standort für die Hochschule Bremen und den weiteren Ausbau der Hochschule Bremerhaven.

Auch im Hochschulbereich sind kosteneinsparende Straffungen nötig und möglich.

Die F.D.P. fordert, die fachliche Lehrerausbildung in den musischen Fächern der Hochschule für Künste zu übertragen. Die Verwaltungshochschule ist in die Hochschule Bremen zu integrieren.

Die F.D.P. begrüßt die Errichtung der Internationalen Universität Bremen (IUB) in Grohn und die Ansiedlung eines Technologieparks in der Umgebung. Der Betrieb der IUB darf jedoch keine staatlichen Zuschüsse in Anspruch nehmen.

Die F.D.P. fordert, die Ansiedlung der IUB weiter zu unterstützen.

Das Hochschulrahmengesetz ist mit dem Ziel geändert worden, den Hochschulen die Möglichkeit zu geben, durch international übliche Abschlüsse wie Bachelor und Master wettbewerbsfähiger zu werden.

Die F.D.P. fordert: Auch im Bundesland Bremen müssen an den staatlichen Hochschulen internationale übliche Abschlüsse erworben werden können. Ein Zusatz, der kenntlich macht, ob sie an Fachhochschulen oder Universitäten erworben wurden, darf nicht erfolgen.

Die Hochschulen im Lande Bremen sollen mehr Autonomie erhalten. Dazu ist ihnen die Personalhoheit zu übertragen. Ihre Aufgaben sind im Rahmen des Kontraktmanagements festzuschreiben. Dabei muss gewährleistet sein, dass einem starken Rektor und starken Dekanaten ebenso starke Kontrollgremien wie akademischer Senat, Fachbereichsräte und Studiengangskommissionen gegenüberstehen. Über Studien- und Prüfungsordnungen können sie - abgesehen von Staatsprüfungen in eigener Verantwortung entscheiden.

Die F.D.P. fordert, die Autonomie der Hochschulen zu stärken.

Das kulturelle Leben ist Teil der Identität einer Stadt. Wer an der Kultur spart, verspielt Gesicht und Zukunft Bremens und Bremerhavens. Beide Städte müssen als wirtschaftliche Oberzentren auch kulturell attraktiv sein. Das große finanzielle Engagement von Fördervereinen, Sponsoren und Stiftungen darf nicht zum Haushaltsersatz werden. Der Staat muß die Rahmenbedingungen dafür schaffen, dass die Spendenbereitschaft von Bürgern und Firmen erhalten bleibt und ihre Spenden als Beitrag zum Kulturleben erkennbar bleiben.

Die F.D.P. fordert: Ausreichende Förderung der überregional attraktiven Kultureinrichtungen in Bremen und Bremerhaven.

Das Philharmonische Staatsorchester leidet wie kaum eine andere Einrichtung unter der Vernachlässigung durch die staatliche Kulturpolitik. Weniger als 80 Musikerstellen sind mittlerweile nur noch besetzt, dadurch wurde das Orchester, das sich in den letzten Jahren erfolgreich und hörbar verjüngen konnte, wieder demotiviert. Aber auch für Kultureinrichtungen gilt der Grundsatz, dass staatliche Einrichtungen ihre Aufgaben schlechter und teurer wahrnehmen als private.

Die F.D.P. fordert: Für das Philharmonische Staatsorchester ist eine geeignete privatrechtliche Organisationsform zu finden.

Die Stadtbibliothek Bremen gehört ebenfalls zu den Opfern der Vernachlässigung. Eine Strukturreform ist dringend notwendig, dabei ist den geographischen Verhältnissen und den vorhandenen Verkehrsverbindungen Rechnung zu tragen. Musikbibliothek und Terminals für Datenbanken sind in der Zentralbibliothek vorzusehen. Für die Betreuung junger Leser sind Leihstellen in den Stadtteilen in großer Zahl vorhanden.

Die F.D.P. fordert die Einrichtung einer neuen Zentralbibliothek in Bremen.

Kultur

Inhaltsverzeichnis

Abfallgebühren	17
Ärztliche Versorgung	27
Aufgabenkritik	7
Ausländer	23
Beiräte	8
Berufsbildung	31
Bildungspolitik	29
Bürgergeld	6
Containerterminal IV	14
Datenschutz	22
Drogen	28
Ehrenamt	25
Einwanderer	23
Einzelhandel	12
Entsorgung	17
Feierabendparlament	8
Flächentarifvertrag	6
Frauen	26
Frauenhäuser	26
Gelber Sack	17
Gesundheit	27
Gewerbeflächen	15
Gymnasien	30
Häfen rechts der Weser	16
Häfen	14
Halbtagschule, volle	26
Hauptschule	30
Hochschulen	31
Infrastrukturressort	11
Innenstadt	11
Integration	23
Internationale Universität Bremen	32
Justizpolitik	19
Justizressort	22
Kammerwesen	10
Kleingärten	16
Krankenhäuser	27
Kulturpolitik	32
Landeshäfen	14
Landesverfassungsbeschwerde	22
Mädchenhäuser	26
Martinstraße	12
Müllabfuhr	17

Naturschutz	15
Öffentliche Verwaltung	9
Opferschutz	19
Orientierungsstufe	29
Ortsamtsbeiräte	8
Personalvertretungsgesetz	9
Politische Führung	7
Polizei	20
Prävention	25
Privatisierung	10
Privatisierung Hafenerhaltung	15
Privatschulen	31
Realschule	30
Rechtspolitik	19
Rechtsstaat	19
Schiedsgerichtsbarkeit	21
Schienerverkehr	13
Schulsanierung	31
Selbständigkeit Bremens	7
Sozialhilfe	24
Sozialversicherung	6
Sport	25
Steuern	5
Strafvollzug	21
Straßenbahn	13
Stufenschulen	31
Tarifverträge	6
Universität Bremen	32
Verkehr	12
Volksentscheid	8
Wahlperiode	8
Wirtschaftspolitik	11
Wohnungsbau	16
Zeugnisverweigerungsrecht	22